



<https://biz.li/3wj5>

WER IN HANNOVER FÜR DEN BUNDESTAG KANDIDIERT, DEM SOLLEN BESCHÄFTIGTE AUF DEN „RENTEN- ZAHN“ FÜHLEN

Veröffentlicht am 16.01.2025 um 13:30 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Hannover kommt in die Jahre: Heute leben rund 231.200 Menschen in Stadt und Region Hannover, die im Rentenalter sind. Ihre Zahl wird in fünf Jahren bereits bei rund 236.100 liegen. Und 2035 werden rund 264.900 Menschen der „Generation Ü67“ angehören – ein „Senioren-Plus“ von 15 Prozent gegenüber heute. Das geht aus einer „Ruhestands-Prognose“ hervor, die das Pestel-Institut im Auftrag der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) gemacht hat.

Die NGG Hannover warnt jetzt vor zu niedrigen Renten. Es gehe darum, ein „Abrutschen der Rente“ zu verhindern: „Wer im Alter genug Geld zum Leben haben will, muss sich am 23. Februar darum kümmern. Denn wie hoch die gesetzliche Rente sein wird, das kann jeder mitentscheiden – und zwar per Kreuz in der Wahlkabine bei der Bundestagswahl. Und die Rente ist für alle wichtig – für Jung und Alt: für den Azubi in der Gastronomie genauso wie für den Altgesellen in der Bäckerei oder für den Lagerarbeiter in der Lebensmittelproduktion“, sagt Finn Petersen.



Eine Rente, bei der nichts abplatzt: Die Rente braucht eine Reform – einen frischen Anstrich. Und der muss vor allem beim Rentenniveau glänzen: „50 plus X“ Prozent, fordert die NGG Hannover. Die Gewerkschaft appelliert deshalb an die Beschäftigten in Stadt und Region Hannover, den Bundestagskandidaten im Wahlkampf „intensiv auf den ‚Renten-Zahn‘ zu fühlen“. © Fotomontage NGG, Nils Hillebrand

Der Landesbezirksvorsitzende der NGG Nord richtet deshalb einen „Renten-Appell“ an die Beschäftigten. Sie sollen den Wahlkampf nutzen, um den Parteien auf den „Renten-Zahn“ zu fühlen: „Wer in Stadt und Region Hannover für den Bundestag kandidiert, muss Farbe bekennen. Die entscheidende Frage beim Straßenwahlkampf in Stadt und Region Hannover ist: Wie hoch wollen die Bundestagskandidaten die Rentenlatte legen?“

Denn der neue Bundestag und die Bundesregierung müssten dringend eine Rentenreform anpacken. „Der wichtigste Punkt dabei ist das Rentenniveau: Je höher es ist, desto mehr Geld haben die Senioren im Portemonnaie. Da geht es um jeden Prozentpunkt – auch hinterm Komma“, so Finn Petersen. Hier müsse es eine Haltelinie nach unten geben: „Unter 48 Prozent darf das Rentenniveau nicht sacken. Sonst rutschen nämlich noch mehr Menschen in die Altersarmut“, sagt der Gewerkschafter. Die NGG Hannover fordert, dass das Rentenniveau zukünftig auch wieder auf 50 Prozent und höher steigen muss.

Neben diesem „Prozent-Check“ zur Rentenhöhe gehe es auch darum, die Positionen der Parteien zum geplanten Renteneintrittsalter abzuklopfen: „Ab wann sollen die Menschen ohne Abschläge in Rente gehen können? – Genau diese Frage sollten die Beschäftigten den Bundestagskandidaten in Stadt und Region Hannover ebenfalls stellen – und zwar bei

jeder Gelegenheit, die sich bis zur Bundestagswahl bietet“, fordert Finn Petersen.

Parteien, die versuchten, das Renteneintrittsalter nach oben zu schrauben, machten eine „Weit-weg-Politik vom Arbeitsleben der Menschen“. Schon die Rente mit 67 sei für viele jetzt unerreichbar. „Vom Koch bis zum Produktionshelfer, der Tag für Tag in der Lebensmittelindustrie am Band steht: Viele, die dauerhaft anstrengende Arbeit leisten, sind oft schon viel früher am Ende“, so Finn Petersen.

Außerdem fordert die NGG Hannover einen „Rententopf für alle“: „Von der Rechtsanwältin bis zum Lebensmitteltechniker, von der Köchin, Kellnerin und Konditorin bis zum Arzt, Apotheker und Architekten – für alle muss es künftig eine Rentenkasse geben“, sagt der NGG-Landesbezirksvorsitzende Petersen. Wichtig sei darüber hinaus, die Rente „finanziell auf solide Füße zu stellen“. Einer Aktienrente erteilt die NGG Hannover damit eine klare Absage: „Die gesetzliche Rente mit ihren Beiträgen, für die Beschäftigte hart gearbeitet haben, hat an der Börse nichts zu suchen. Sie darf nicht – in Aktienpakete verpackt – gehandelt werden“, so Petersen. Auch das von CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz im Wahlkampf jetzt geforderte staatliche Aktien-Depot für Kinder sei nichts anderes als „der Beginn eines schleichenden Ausstiegs aus der gesetzlichen Rentenversicherung“.

Entscheidend für eine Rente, die zum Leben reicht, sei vor allem aber auch ein guter Lohn. Wer heute zum Mindestlohn arbeite, rutsche im Alter „schnurstracks in die Armut“. Aktuell gibt es nach Berechnungen, die das Pestel-Institut für die NGG gemacht hat, rund 118.500 Jobs in Stadt und Region Hannover, in denen die Menschen weniger als 15 Euro pro Stunde verdienen.

„So ein Niedriglohn ist nichts anderes als eine Armutsfalle fürs Alter“, sagt Petersen. Ziel müsse es sein, mehr Jobs zu haben, in denen der Tariflohn gezahlt werde. Auch darum gehe es bei der Bundestagswahl. „Das Stichwort heißt: Bundestariftreuegesetz. Auch darauf warten viele Niedriglohn-Beschäftigte in Stadt und Region Hannover“, sagt Finn Petersen. Es gehe immerhin darum, dass bei öffentlichen Aufträgen künftig konsequent der Tariflohn gezahlt werde.